

Karsten Rudolph

## Am Ende des liberalen Jahrhunderts

Hat sich Ralf Dahrendorf geirrt? Ist statt »des sozialdemokratischen Jahrhunderts« das liberale Jahrhundert zu Ende gegangen? Sind wir an dessen Ende nicht (fast) alle Liberale geworden? Haben wir nicht nahezu alle liberale Vorstellungen in uns aufgenommen und um uns herum Themen zur Selbstverständlichkeit werden lassen, die das liberale Zeitalter definieren: Freihandel und Globalisierung, Wachstum und Wettbewerb, Bürgerrechte und Bürokratieabbau, Eigenverantwortung und Toleranz, schlanker Staat und Bürgergesellschaft, zweite Chance und Datenschutz? Ist Liberalität nicht zum Markenzeichen unserer freiheitlichen Gesellschaft und zur Auszeichnung für eine eigenständige Lebensführung geworden? Denken wir denn nicht alle zuerst vom Individuum her und dann von der Nation, der Region, der Religion, der Klasse, dem Geschlecht? Und kann man deshalb – sozusagen gegen und mit Dahrendorf sagen: Das liberale Programm war zwar erfolgreich und ist attraktiv, aber es ist eben ein Thema von gestern? Das gilt nicht nur, weil ungewollte Entwicklungen den Annahmen dieses Themas den Boden entzogen haben. Es gilt vor allem, weil das Thema seine Möglichkeiten erschöpft hat.

Wie bereits vor 35 Jahren, als das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters in aller Munde war, kann man auch jetzt nachfragen, ob es denn überhaupt ein liberales Jahrhundert gegeben hat. Die Zeiten der nationalsozialistischen Herrschaft und der SED-Diktatur zählen sicherlich nicht dazu. Der Traum von der einen großen, die politischen Verhältnisse dauerhaft prägenden liberalen Partei blieb stets ein Traum. Doch sollte die liberale Erfolgsgeschichte von der Geschichte der liberalen Parteien – von der Deutschen Fortschrittspartei bis zur FDP – unterschieden werden.

Der Tübinger Historiker Dieter Lange-wiesche, der beste Kenner der Geschichte des deutschen Liberalismus, beschreibt »Liberalismus als ein Geflecht aus politischen und gesellschaftlichen Leitbildern, in deren Zentrum das Ideal des selbstverantwortlichen Menschen steht, und zugleich [als] eine politische Bewegung der Sozialgruppe Bürgertum, die eine Gesellschaft der mündigen Staatsbürger erstrebt.«

Die Definition klingt gespreizt und sie ist es, weil das historische Phänomen Liberalismus eine beachtliche inhaltliche Bandbreite aufweist. Der zur Aristokratie in Opposition stehende Frühliberalismus strebte noch eine klassenlose Bürgergesellschaft an, in etwa so, wie man sie unter ganz anderen Umständen in den 50er Jahren in Westdeutschland nach Helmut Schelsky als »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« beschrieb und feierte. Unter dem Eindruck des Industriekapitalismus und der modernen sozialen Frage, als sich die proletarische Demokratie von der bürgerlichen Demokratie (Gustav Mayer) trennte und eine selbstständige Arbeiterpartei zunächst unter Lassalle, dann unter Bebel entstand, überlagerte ein neuer Wirtschaftsliberalismus den Sozialliberalismus der Anfänge. Ab dann gab es in changierenden Ausprägungen und in unterschiedlichen Gewichtsverhältnissen beides neben-, gegen- und miteinander.

Seine erste Blütezeit erlebte der deutsche Liberalismus mit der Reichsgründung 1871. Das liberale Konzept, gebündelt in dem Schlachtruf »von der Einheit zur Freiheit«, schien aufzugehen: Der Reichskanzler Bismarck regierte im Bündnis mit einer Nationalliberalen Partei, die bei den ersten Reichstagswahlen über 30 % der Stimmen auf sich vereinigte. Im ersten deutschen Reichstag hielten die Liberalen rechts- und linksliberaler Provenienz über 50 % der

Mandate. Bis 1877 blieb dies auch so. Selbst die kritischen Linksliberalen konnten kaum umhin, die reformorientierte Verfassungsgebung, den Aufbau des Rechtsstaats, die Verbreitung und Vereinheitlichung der öffentlichen Institutionen auf Reichsebene und die Modernisierung des Gewerbe-rechts als Erfolge zu werten.

Dennoch gelang der Wandel von der Wähler- und Honoratioren- zur Mitgliederpartei nicht. Stattdessen verstärkte sich die Verflechtung mit außerparlamentarischen Vereinigungen und Standesorganisationen – vom Deutschen Nationalverein über den Alldeutschen Verband und den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband bis zur Deutschen Angestellten-Gewerkschaft oder vom Bund der Industriellen über den Verband deutscher Schokoladenfabrikanten bis zum Bundesverband der Deutschen Industrie. Schlimmer noch: Im Zuge der »zweiten Reichsgründung« stellte sich heraus, dass die Liberalen mit Bismarck auf das falsche Pferd gesetzt hatten. Die Parlamentarisierung des Reiches blieb stecken, die Koalition mit den Freikonservativen zerfiel, die Reichsleitung wollte von einem freiheitlichen Verfassungsstaat nichts wissen. Die Liberalen wurden zurückgeworfen auf eine mittelständische protestantische Wählerklientel, die ihnen jedoch von Konservativen und Sozialdemokraten streitig gemacht wurde.

Erst die Gründung der Weimarer Republik brachte die Liberalen wieder in eine entscheidende politische Position. Mit Hugo Preuß stellten sie den bedeutendsten Verfassungsrechtler, über die Weimarer Koalition prägten sie den Grundkonsens der ersten deutschen Demokratie. Doch die Wähler wanderten von der Deutschen Demokratischen Partei über die Deutsche Volkspartei nach rechts ab. Am Ende hatte der Liberalismus alles verloren: den demokratischen Rechtsstaat, seine Glaubwürdigkeit und seine Parteien.

### *Alles verloren*

An der Gründung der Bundesrepublik waren die Parteiliberalen nicht mehr beteiligt. CDU und SPD schlossen sie von der Verfassungsgebung wie von der Fortführung der Sozialgesetzgebung und nicht zuletzt vom wirtschaftspolitischen Konsens aus, für den sich bezeichnenderweise der Begriff der Sozialen, aber nicht der Freien Marktwirtschaft durchsetzte. Der liberale »Vater des Wirtschaftswunders«, Ludwig Erhard, ging zur CDU. Es bedurfte erheblicher nachholender innerparteilicher Reformanstrengungen und des Ausscheidens des national-konservativen Flügels bis die FDP in den 60er Jahren Anschluss fand an die Modernisierung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft und zusammen mit der SPD in der sozialliberalen Koalition für die »Umgründung der Republik« (Manfred Görtemaker) wieder eine positive Rolle spielen konnte. Bei genauerem Besehen zeigte sich aber auch hier: Die Grundlast der Reformpolitik – von der neuen Ostpolitik über die neue Familienpolitik bis zur Justizreform – trugen die Sozialdemokraten.

Die SPD Willy Brandts feierte das sozialliberale Bündnis als Traumphochzeit zwischen reformorientierter Arbeiterbewegung und linksliberalem Bürgertum, eine politische Konstellation, die sich während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik bereits ergeben hatte, aber nie von Dauer war.

Das Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie zeichnete sich stets durch eine gewisse Ambivalenz aus. Beide besaßen gemeinsame Wurzeln in der Aufklärung, traten für den Fortschritt, die Stärke des Rechts und die Kraft des Arguments ein, kämpften für die Trennung von Staat und Kirche und zeichneten sich durch einen ungebrochenen Zukunftsoptimismus aus. Aber sie waren auf diesen Feldern zugleich erbitterte Konkurrenten. Zu meinen, die Differenzen hätten nur in divergierenden wirtschaftspolitischen Ansichten gelegen, greift schon deshalb zu kurz.

Darüber hinaus war jede Zusammenarbeit verbaut, wenn die Liberalen auf nationalistische Positionen schwenkten. Die Reichsgründung wurde unter dem Mittun der Liberalen zu einer Lösung der nationalen Frage von oben und im preußisch-klein-deutschen Sinne. Das Aufkommen des von Liberalen befeuerten bürgerlichen Militarismus, die Unterstützung weltpolitischer Ambitionen und maßloser Kriegsziele untergruben eine liberal-sozialdemokratische Fortschrittsallianz. Auch wenn die FDP seit den 70er Jahren auf Verständigung, Europäisierung und Abrüstung setzte, so hob sie doch nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition und mit dem Aufstieg der grünen Partei innenpolitisch immer tiefere Gräben aus.

Die Verengung des Parteiliberalismus auf radikale, neoliberale Positionen nach der Jahrhundertwende betraf letztlich nicht nur die Wirtschafts-, sondern auch die Gesellschaftspolitik. Die Fixierung auf eine politische Frontstellung des Bürgerblocks gegen »Rot-Grün« war stets von der Absicht getragen, diejenigen wieder postum aus der bürgerlichen Gesellschaft auszubürgern, die von der Sozialdemokratie erst zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht worden waren. Die Rede Westerwelles von »der spätrömischen Dekadenz« beim vermeintlichen Missbrauch sozialer Leistungen war gezielt polarisierend gesetzt und ausgrenzend gemeint. Sie unterschätzte allerdings den Liberalisierungsgrad der deutschen Gesellschaft. In ihr war es nämlich selbstverständlich geworden, bestimmte Sozialgruppen nicht länger zu diskriminieren; schon gar nicht Leistungsbezieher, die aus von ihnen nicht zu verantwortenden Gründen die sozialen

Rechte wahrnahmen. Um als »Funktionspartei« agieren zu können, hatte die FDP sich stets darum bemüht, sich nicht auf ewig auf einen Koalitionspartner festzulegen und sich in mehr als einer Richtung kompromiss- *Parasitärer* und notfalls koalitionsbereit *Charakter* zu zeigen. Eben diese politische Kompromissbereitschaft, die Fähigkeit zum Ausgleich und zur Mäßigung hatte die Partei zuletzt aufgegeben und sich so stark auf die Union fixiert, dass sie für diesen Koalitionspartner einen geradezu parasitären Charakter annahm. Als scheinbare Alternative zur CDU um deren enttäuschte Wähler zu werben und anschließend wieder mit der Union zu koalieren, gelang ihr ein einziges, glänzendes Mal, in der Bundestagswahl von 2009. Danach ging sie unter. Sie scheiterte an den Umständen und an sich selbst. Über das neoliberale Dogma war die Zeit hinweggegangen. Andere liberale Leit motive waren längst in der deutschen Gesellschaft verwurzelt und in den übrigen Parteien, wenn schon nicht fest verankert, so doch respektiert und akzeptiert. Wieder andere waren blind gegenüber neuartigen Herausforderungen: Intoleranten mit Toleranz zu begegnen, erschien und erscheint kaum erfolgversprechend zu sein. Das Credo der Freiheit zu beschwören, aber dies nicht sozial unterlegen zu können, wie es ja Ralf Dahrendorf bereits in den 80er Jahren gefordert hatte, erschien unglaubwürdig. Um ihn, den Vordenker des bundesdeutschen Liberalismus, der die FDP verließ und nach Großbritannien ging, noch einmal aufzunehmen: In seinen besten Möglichkeiten war das vergangene Jahrhundert eben beides – sozial und liberal.



**Karsten Rudolph**

lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

[karsten.rudolph@rub.de](mailto:karsten.rudolph@rub.de)